

Überflusswirtschaft – warum wird sie nicht gebändigt?

Siegfried Wendt

1. Folgenlose Einsichten



Schon im Jahre 1958 schrieb der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith über die Überflussgesellschaft, und im Jahre 2004, als er schon 96 Jahre alt war, erschien sein provozierender Text „The Economics of Innocent Fraud“. Die deutsche Übersetzung erschien schon ein Jahr später unter dem Titel „Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs – vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft“. Victor Hugo hat einmal gesagt: „Es gibt nichts Mächtigeres auf der Welt als eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ Falls Galbraith diesen Satz kannte, hätte er ihn vermutlich durch die folgende Feststellung ergänzt: Wer jedoch die Idee schon hat, wenn ihre Zeit noch nicht gekommen ist, braucht viel Trost, um nicht an seiner Ohnmacht zu verzweifeln. Denn seine Kernthese, dass eine Mangelwirtschaft mit der Zeit zwangsläufig zu einer Überflusswirtschaft wird, die zu schlimmen Zuständen führt, wenn sie nicht rechtzeitig gebändigt wird, hat bis heute keine praktischen Folgen gehabt und wird von der Mehrheit der Volkswirtschaftler totgeschwiegen. Mit dem vorliegenden Aufsatz soll dieses Totschweigen erschwert werden – gemäß dem Satz: „Alles ist schon einmal gesagt worden, aber da niemand zuhört, muß man es immer von neuem sagen.“^[1]

2. Herr Wendt, wo bleibt das Positive?



Im Jahre 1930 schrieb Erich Kästner ein Gedicht, dessen erste Strophe lautet:

*Und immer wieder schickt ihr mir Briefe,
in denen ihr, dick unterstrichen, schreibt:
»Herr Kästner, wo bleibt das Positive?«
Ja, weiß der Teufel, wo das bleibt.*

Wer wie ich noch in den Jahren des Zweiten Weltkriegs geboren wurde, der überblickt einen langen Zeitraum, innerhalb dessen sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland drastisch geändert haben. Und da drängt sich ihm unvermeidlich die Frage auf, was gegenüber früher besser und was schlechter geworden ist. Da ich im vorliegenden Aufsatz vorwiegend auf Sachverhalte hinweise, die meines Erachtens heute schlechter sind als früher, besteht die Gefahr, dass beim Leser der falsche Eindruck entsteht, ich würde alles gering schätzen, was heute besser ist als früher. Deshalb betone ich, dass ich viel Anlass habe, für die positiven Entwicklungen der letzten Jahrzehnte sehr dankbar zu sein. Ich wäre schon vor zehn Jahren gestorben, wenn es die unglaublichen Fortschritte in der Medizin nicht gegeben hätte. Und wenn ich an die Wohnsituation meiner Großeltern denke, denen nur ein Plumpsklo auf der Zwischentage zur Verfügung stand, dann wird mir bewusst, wie komfortabel ich heute wohnen darf. Mein Computerarbeitsplatz mit Internetzugang und mein Mobiltelefon erscheinen mir inzwischen so selbstverständlich, dass ich Gefahr laufe zu vergessen, wie viel Erleichterung mir die moderne Bürotechnik gegenüber früher gebracht hat. Als letztes Beispiel möchte ich den Fortschritt im Bereich der Verkehrsmittel – Autos, Züge und Flugzeuge – nennen. Obwohl ich es in meiner Schulzeit ganz romantisch fand, am frühen Morgen mit einem von einer Dampflokomotive gezogenen Zug in die Kreisstadt zu fah-

ren, wo das Gymnasium war, reise ich heute doch viel lieber mit dem jetzigen Komfort. Und dass ich heute auf Reisen zwischen den meisten Ländern Europas kein Geld mehr umtauschen muss und gar nicht mehr merke, wo die Grenzen verlaufen, ist ein Fortschritt, der mir vor fünfzig Jahren noch völlig utopisch erschienen wäre.

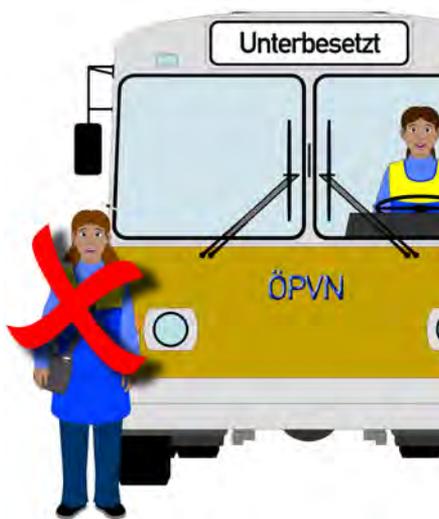
3. Das können wir uns heute nicht mehr leisten



Obwohl sich unser Bruttoinlandsprodukt in den letzten 50 Jahren mehr als verzehnfacht hat, fallen mir immer wieder Dienstleistungen ein, die ich früher als positiv erlebte und die es inzwischen nicht mehr gibt. Wenn ich mich dann über den Verlust beklage, wird mir sehr häufig entgegnet: „Das können wir uns heute nicht mehr leisten!“ Wie kann es sein, dass wir uns früher, als wir mindestens zehnmals ärmer waren, Dienstleistungen leisten konnten, auf die wir heute angeblich aus Kostengründen verzichten müssen? Welche Art von Dienstleistungen hier gemeint sind, will ich anhand einiger konkreter Beispiele veranschaulichen.

In meiner Geburtsstadt, die damals 4.500 Einwohner hatte, gab es drei Polizisten, die von der Bevölkerung Gendarmen genannt wurden. Ihr Dienst bestand darin, durch die Stadt zu gehen und durch ihre Präsenz die Bürger – auch uns Lausbuben – zum Wohlverhalten zu motivieren. Die Beamten waren hilfsbereit und freundlich, aber man musste immer damit rechnen, dass einer von ihnen gerade dann um die Ecke kam, wenn man dabei war, etwas Verbotenes zu tun. Dennoch hatte niemand das Gefühl, in einem Polizeistaat zu leben.

1 André Gide, franz. Schriftsteller, (* 1869, † 1951)



Ein anderes Beispiel für weggefallene Dienstleister sind die Schaffner in Straßenbahnen und Bussen. Bei denen kaufte man die Fahrscheine, und wenn sie einen großen Geldschein nicht wechseln konnten, fragten sie in die Runde, ob vielleicht einer der Passagiere aushelfen könne. Ortsfremde, die zur Kunsthalle wollten, erhielten vom Schaffner rechtzeitig den Hinweis, wann sie aussteigen mussten und wie sie von der Haltestelle aus weitergehen sollten. Der Fahrer hatte mit all dem nichts zu tun und konnte sich auf den Verkehr konzentrieren.

In diese Aufzählung gehören auch Dienstleistungen, die zwar nicht ganz weggefallen sind, für die aber zu wenig Personal eingesetzt wird. Man denke an Briefträger oder Krankenschwestern. Da im Falle der Briefträger die Dienstleistung nicht in direktem Kontakt mit den Postempfängern erbracht wird, bringt die extreme Personaleinsparung den „Kunden“ keinen wesentlichen Nachteil. Aber den Briefträgern selbst wird eine unverschämte hohe Leistung abverlangt, denn sie müssen nun pro Stunde fast doppelt so viele Adressen bedienen wie ihre Kollegen von früher. Man sieht sie nun von einem Haus zum nächsten hetzen und es bleibt ihnen keine Zeit mehr für ein freundliches Wort mit den Kunden.

Unter vergleichbarem Zeitdruck müssen auch Krankenschwestern und -pfleger ihren Dienst leisten und von Patient zu Patient hetzen. Im Unterschied zur Postzustellung leiden hier auch die betroffenen „Kunden“, denn Kranke brauchen die persönliche Zuwendung und leiden sehr, wenn sich das Pflegeper-

sonal ihnen gegenüber wegen Zeitmangel wie eine Schar von Robotern verhalten muss.

In vielen Bereichen sind Bereitschaftskapazitäten zur Abdeckung plötzlicher Personalausfälle gestrichen worden – Unterrichtsstunden fallen aus, weil ein Lehrer krank wurde, und Zugfahrpläne geraten durcheinander, weil ein Lokführer oder ein Stellwerksmitarbeiter auf dem Weg zur Arbeit in einen Unfall verwickelt wurde.

Auch die Zahl der Rundfunkorchester wurde in den letzten Jahren durch Fusionen – aus zwei mach eins – reduziert. Wieder muss man fragen: Wieso konnten wir uns diese Orchester leisten, als wir noch nicht so reich waren wie jetzt?



4. Mangelwirtschaft

Am Ende des Zweiten Weltkriegs lag Deutschland wirtschaftlich am Boden. Der Mangel an lebenswichtigen Gütern war groß, so dass die Deckung des elementaren Bedarfs an erster Stelle stand. Niemand beklagte sich über das fehlende Angebot an Luxusgütern. Im Rückblick erscheint es erstaunlich, dass sich die Wirtschaftswissenschaftler keineswegs einig waren über den wirtschaftspolitischen Weg, den man gehen sollte, um möglichst schnell die Mangelsituation zu überwinden. Der Weg, für den man sich schließlich entschied, erwies sich bereits nach recht kurzer Zeit als sehr erfolgreich, denn er führte zum sogenannten Wirtschaftswunder. Dieser Weg erhielt die Bezeichnung „Soziale Marktwirtschaft“ und sollte nach den Vorstellungen Ludwig Erhards zu einem „Wohlstand für alle“ führen.

Wie umfangreich in einem Land das Angebot an Gütern und Dienstleistungen sein kann, hängt nicht alleine von der Leistungsfähigkeit der Bewohner ab, sondern in sehr hohem Maße auch vom Wirkungsgrad der Produktionsmittel. Wenn alle arbeitsfähigen Bürger für die Landwirtschaft gebraucht würden, könnten keine Häuser gebaut und keine Kühlschränke, Wintermäntel und Schreibmaschinen hergestellt werden. Deshalb kann der anfänglich sehr kleine zu verteilende Kuchen nur wachsen, indem große Anstrengungen gemacht werden, den Wirkungsgrad der Produktionsmittel zu erhöhen. Den höchsten Wirkungsgrad erreicht man durch Automatisierung, die bedeutet, dass Tätigkeiten, die vorher von Menschen ausgeführt wurden, nun schneller und zuverlässiger von Maschinen erledigt werden. Der heutige hohe Automatisierungsgrad ist vor allem durch die Computertechnik möglich geworden, die auf dem Konzept des Universalcomputers in Verbindung mit der Mikroelektronik beruht. Als Ergebnis des technischen Fortschritts werden immer weniger Menschen für die Produktion industrieller Güter gebraucht. Solange die Mangelsituation noch nicht überwunden ist, gibt es für die durch die Automatisierung frei gewordenen Menschen immer wieder neue Aufgaben, denn es gibt ja dann immer noch Produkt- und Dienstleistungsbereiche, in denen das Angebot noch so gering ist, dass eine Vergrößerung des Angebots durch den Einsatz weiterer Menschen wünschenswert ist.

5. Überflusswirtschaft

Irgendwann aber kommt unvermeidlich der Zeitpunkt, an dem die Mangelsituation überwunden ist. Denn wenn die Produktivität dauernd erhöht wird, ist sie eines Tages so groß, dass nicht nur die elementaren Bedürfnisse befriedigt werden können, sondern dass ein Güter- und Dienstleistungsangebot bereitgestellt werden kann, welches den Menschen ein angenehmes Dasein ermöglicht. Selbstverständlich handelt es sich beim Übergang von der Mangelwirtschaft zur Überflusswirtschaft nicht um ein auf den Tag genau bestimmbares Ereignis, sondern um einen sich über etliche Jahre hinziehenden Phasenübergang. Es gibt aber unübersehbare Indizien, anhand derer man feststellen kann, ob die Überfluspha-

se schon erreicht ist oder noch nicht. Das Wesen der Überflusswirtschaft besteht darin, dass nun Produkte und Dienstleistungen angeboten werden, für die es keinen unmittelbaren Bedarf gibt. Deshalb finden diese Produkte und Dienstleistungen nicht mehr „von ganz alleine“ ihre Abnehmer, wie es bei den Produkten und Dienstleistungen in der Mangelwirtschaft noch der Fall war. Der Phasenübergang kann einprägsam durch die Änderung eines einzigen Buchstabens charakterisiert werden: In der Mangelwirtschaft geht es darum, einen vorhandenen Bedarf zu decken, wogegen es in der Überflusswirtschaft darum geht, einen zusätzlichen Bedarf zu wecken. Deshalb ist das deutlichste Indiz für den Phasenübergang von der Mangelwirtschaft zur Überflusswirtschaft das Auftauchen von Werbung. Wie sich die Überflusswirtschaft im Detail äußert, hängt stark davon ab, ob die Wirtschaftspolitiker den Übergang von der Mangelwirtschaft zur Überflusswirtschaft kommen sahen und sich rechtzeitig darauf eingestellt haben oder ob weiterhin so gehandelt wird wie zu Zeiten der Mangelwirtschaft. Während es zum Wesen der Mangelwirtschaft gehört, dass sie ihrem eigenen Ende zustrebt, hat die Überflusswirtschaft kein Ziel, sondern sollte zeitlich unbegrenzt weiterbestehen. Das heißt aber nicht, dass es in der Überflusswirtschaft keine Dynamik gibt, denn der technische Fortschritt geht weiter und führt zwangsläufig zu innovativen Produkten und Produktionsmitteln. Deshalb werden immer wieder Menschen, die bisher in bestimmten Produktions- und Dienstleistungsbereichen gebraucht wurden, durch Maschinen ersetzt, welche die Arbeit schneller und zuverlässiger erledigen. Die Art und Weise, wie diese frei gewordenen Menschen wieder in das Wirtschaftsleben eingegliedert werden, ist ein Indiz dafür, ob die mit der Überflusswirtschaft untrennbar verbundenen Probleme menschenfreundlich gelöst sind oder nicht.

6. Peinliche Scheuklappensicht

Nach allem, was in den vorigen Abschnitten über Mangel- und Überflusswirtschaft und den Übergang von der einen zur anderen gesagt wurde, sollte man erwarten, dass in den einschlägigen Lehrbüchern die beiden Phasen

nicht nur erwähnt, sondern ausführlich behandelt werden. Deshalb ging ich in unsere Universitätsbibliothek und sah mir 30 unterschiedliche deutschsprachige Bücher über die Grundlagen der Volkswirtschaftslehre an, die nach 2005 erschienen sind. Deren Autoren haben mit hoher Wahrscheinlichkeit Galbraiths Bücher und Aufsätze gekannt, denn Galbraith war in Fachkreisen „bekannt wie ein bunter Hund“. Umso erstaunlicher ist es, dass nur in einem einzigen dieser Bücher der Name Galbraith im Literaturverzeichnis vorkommt und dass die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Mangel- und Überflusswirtschaft in gar keinem dieser Bücher erwähnt wird. Es wird dort jeweils nur eine einzige Art von Wirtschaft behandelt, und das ist die Mangelwirtschaft. Weil sich in der Mangelwirtschaft eine bestimmte Denk- und Vorgehensweise hervorragend bewährt hat – sie führte schließlich zum deutschen „Wirtschaftswunder“ –, scheint es vielen Experten schwer zu fallen zu erkennen, dass das bisher Bewährte inzwischen untauglich geworden ist.

In der Zeit der Mangelwirtschaft war es von vornherein klar, welche Produkte produziert und welche Dienstleistungen angeboten werden sollten, nämlich diejenigen, für die es einen unabwendbaren Bedarf gab, der gedeckt werden musste. Es erwies sich als richtig, in der Phase der Mangelwirtschaft auf das weitgehend freie Spiel der Marktkräfte zu vertrauen. Wenn der ursprüngliche Bedarf aber einmal befriedigend gedeckt ist, steht man zwangsläufig vor der Frage, was man mit den Menschen machen soll, die für die Deckung dieses Bedarfs nicht gebraucht werden. Soll man es beim aktuellen Produkt- und Dienstleistungsangebot belassen und die Arbeitszeit für alle verkürzen? Oder soll man einen neuen Bedarf wecken, und falls ja welchen? Vermutlich ist nur eine Mischung aus beidem geeignet, Lebensbedingungen zu schaffen, die von der großen Mehrheit der Bürger als gerecht und angenehm empfunden werden. Wer in der Vorstellungswelt der Mangelwirtschaft stecken geblieben ist, wird konsequenterweise weiterhin auf das weitgehend freie Spiel der Marktkräfte vertrauen in der Erwartung, diese würden schon „von ganz alleine“ zu den gewünschten Lebensbedingungen führen. Ein Blick

auf die Realität zeigt, wie absurd diese Erwartung ist.

Die Beseitigung eines Mangels ist ohne Wachstum nicht möglich. Ob wir uns aber im aktuellen Zustand unserer Überflusswirtschaft immer noch ein Wachstum wünschen sollten, ist stark zu bezweifeln angesichts der Tatsache, dass uns im Supermarkt 20 verschiedene Sorten Zahnpasta, 25 verschiedene Sorten Gesichtscreme und 40 verschiedene Sorten hochprozentige Alkoholika angeboten werden. Wöchentlich landen drei Kilogramm Werbepostkarten in meinem Briefkasten und werden von dort direkt in den Altpapiersack entsorgt. Es gibt inzwischen Produkte auf dem Markt, bei denen die Werbungskosten fast ebenso hoch sind wie die Produktionskosten. Da es bei uns keinen Mangel mehr gibt, der überwunden werden müsste, konzentriert man sich nun auf die Rendite, die man durch Senkung der Kosten und Vergrößerung des Umsatzes nach oben zu treiben versucht. Man scheut sich auch nicht, Einrichtungen wie Altersheime und Krankenhäuser als Unternehmen zu betrachten, die Rendite abwerfen müssen. Vielleicht erwartet man demnächst auch Rendite von Gefängnissen und Grundschulen. Volkswirtschaftliche Überlegungen im Hinblick auf das Allgemeinwohl, wie sie in Artikel 14 unseres Grundgesetzes verlangt werden, spielen dabei keine Rolle. Es wird als selbstverständlich betrachtet, dass betriebswirtschaftliche Argumentationen alle anderen Überlegungen dominieren dürfen. Dies hat ein Industriemanager knallhart zum Ausdruck gebracht, indem er sagte: „Unser Unternehmen ist doch keine Sozialanstalt.“ Auch in den Medien spielt die Frage nach dem Nutzen, den die Wirtschaft der Allgemeinheit bringt, kaum eine Rolle. Stattdessen wird täglich über die Entwicklung der Börsenkurse, über Umsatz und Gewinnentwicklungen, über Firmenfusionen und die Besetzung von Vorstands- oder Aufsichtsratsposten berichtet – als ob dies den Durchschnittsbürger betreffen würde. Dieser wird als Humankapital betrachtet, das wie ein Maschinenpark ausgelastet werden muss, um die Kosten niedrig zu halten. Die dauernde Reduktion der Personalkosten hat dazu geführt, dass es heute Vollzeitbeschäftigte gibt, die kein für ein menschenwürdiges Leben ausreichendes Einkommen haben. So etwas ist eine Schande! Dass es ei-

nes Tages soweit kommen könnte, hat vor 40 Jahren niemand für möglich gehalten, und deshalb brauchte man damals auch nicht über die Einführung eines Mindestlohns zu streiten. Auch die Leiharbeit ist eine Erfindung der letzten Jahre. Wie die Personalkosten werden auch Steuern nur noch als Kostenfaktor gesehen, der möglichst minimiert werden muss. Außer Betracht bleibt dabei, dass die Steuern den Staat in die Lage versetzen sollen, seinen Bürgern eine wertvolle Infrastruktur bereit zu stellen und denjenigen, die ohne ihr Verschulden in der freien Wirtschaft kein ausreichendes Einkommen bekommen können, ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

Wie das Kaninchen vor der Schlange starren unsere Politiker und Journalisten auf die Wachstumsrate, und wenn sie niedriger ist als die eines Landes, wo noch Mangelwirtschaft herrscht, dann sehen sie „einen Handlungsbedarf“. Und man ist sich einig, dass „die sinkende Inlandsnachfrage Gift für die Wirtschaft“ sei. Glaubt man wirklich, die Wirtschaftspolitik müsse die Überschwemmung des Marktes mit Produkten und Dienstleistungen fördern, welche niemand braucht und die auch keinen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität bringen? Ich erinnere mich, dass vor Jahren jemand den Begriff des „Konsumerrors“ prägte und deshalb vom damaligen Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff scharf angegriffen wurde. Offenbar hatte der Graf ein Wirtschaftssystem vor Augen, bei dem Bescheidenheit als Untugend betrachtet werden muss. In solch einem Wirtschaftssystem möchte ich nicht leben und ich möchte es auch meinen Enkeln ersparen.

7. Die Verteilung des Kuchens



Ich bin überzeugt, dass unsere inzwischen erreichte hohe Produktivität durchaus mit einem Beschäftigungssystem in Einklang zu bringen ist, bei dem jeder Arbeitsfähige eine seiner Begabung entsprechende ausreichend vergütete Aufgabe wahrnehmen kann und wo trotzdem noch genug übrig bleibt für diejenigen, die altershalber aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind oder die aus einsehbaren Gründen nicht am Arbeitsleben teilnehmen können. Es fehlt aber am wirtschafts-

politischen Willen, die Verteilung des jährlich gebackenen Kuchens in diesem Sinne zu organisieren. Der Kuchen ist hierfür längst groß genug und muss keineswegs erst noch lange weiter wachsen.

die für die Lebensqualität irrelevant oder sogar belastend sind. Diese sind im Bild hellbraun dargestellt.

Es wäre unrealistisch zu verlangen, dass der Jahreskuchen jeweils gleich-

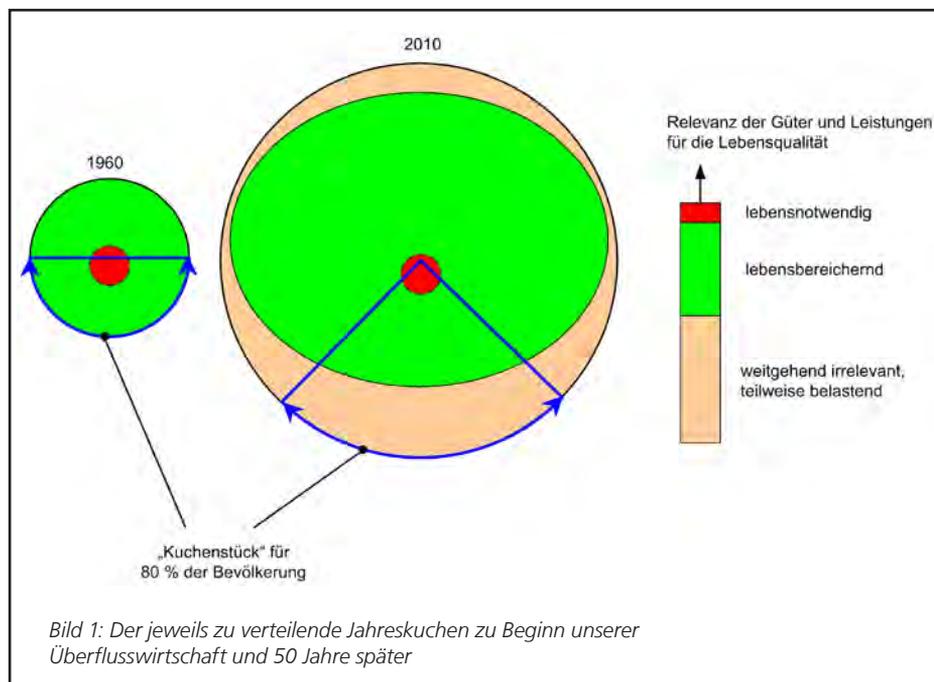


Bild 1 zeigt einen kleinen und einen großen Kuchen. Das Verhältnis der Kuchenflächen beträgt ungefähr 1:6. Hätte ich der Zeichnung das Verhältnis der tatsächlichen jährlichen Inlandsprodukte der Jahre 1960 und 2010 zugrunde gelegt, müsste das Flächenverhältnis 1:12 sein. Für die Veranschaulichung meiner Aussagen ist dieser Unterschied aber unerheblich. Dem Zweck der Veranschaulichung dienen auch meine Aussagen über die roten, grünen und hellbraunen Flächen, die man nicht als wissenschaftlich exakt ansehen darf. Ich weiß sehr wohl, dass es in der Realität keine scharfe Grenze zwischen den drei Kategorien lebensnotwendig, lebensbereichernd und irrelevant oder belastend gibt. Auch sind die Flächenanteile von mir nur geschätzt und nicht durch wissenschaftlich erhobene Zahlen aus der Realität belegt. Zur Veranschaulichung der realen Situation halte ich das Bild aber durchaus für hilfreich.

Zu Beginn der Überflusswirtschaft im Jahre 1960 enthielt der Kuchen nur lebensnotwendige und lebensbereichernde Produkte und Dienstleistungen. Durch das anschließende Wachstum kamen dann aber auch noch Produkte und Dienstleistungen hinzu,

mäßig unter allen Bürgern aufgeteilt wird. Man darf deshalb nicht erwarten, dass auf 80% der Bevölkerung auch 80% des gesamten Kuchens entfallen. Nur wenn man den roten Kuchen isoliert betrachtet, der den lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen entspricht, erhält tatsächlich jeder Bürger den gleichen Anteil, denn wenn er weniger bekäme, könnte er nicht leben, und wenn er mehr bekäme, wäre der hinzugekommene Teil nicht mehr lebensnotwendig.

Die Aufteilung im Jahre 1960, bei der die einkommensstärksten 20% der Bevölkerung die Hälfte des Gesamtkuchens bekamen, konnte man noch als einigermaßen gerecht betrachten. Dagegen kann man die Situation 50 Jahre später, also heute, kaum noch als gerecht ansehen, denn die einkommensschwächeren 80% der Bevölkerung erhalten nun nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch ein Viertel des Kuchens, und dieses Viertel hat auch noch eine schlechtere Qualität als das große Dreiviertelstück für die einkommensstärksten 20% der Bevölkerung. Das Bild veranschaulicht sehr deutlich die bereits von Galbraith geschilderten Missstände, zu denen eine ungebändigte Überflusswirtschaft zwangsläufig führt.

8. Zweifel an der Wissenschaftlichkeit der Wirtschaftswissenschaften

Als Ingenieur erwarte ich ganz selbstverständlich, dass alles, was Absolventen der Ingenieurwissenschaften planen, zu erwünschten nützlichen Ergebnissen führt – Brücken dürfen nicht einstürzen, Energieversorgungssysteme dürfen nicht zusammenbrechen, Navigationssysteme müssen zum korrekten Ziel führen, Kläranlagen müssen Abwässer reinigen, usw. Entsprechend erwarten die Ingenieure von den Absolventen der Wirtschaftswissenschaften, dass deren Ratschläge an die Wirtschaftspolitik wissenschaftlich begründet sind und sowohl zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der großen Mehrheit der Bürger als auch zu einer angemessenen Finanzausstattung des Staates führen. Wenn man aber betrachtet, zu welchen Ergebnissen die Ratschläge der Wirt-

schaftswissenschaftler seit 1960 bis heute geführt haben, ist man versucht, ihrer Disziplin die Wissenschaftlichkeit abzusprechen. Zwar lernen die Studenten der Volkswirtschaft, welches der beste Weg ist, eine Mangelwirtschaft zu überwinden, aber bis jetzt werden ihnen überhaupt keine brauchbaren Ideen vorgestellt, wie eine Überflusswirtschaft angemessen gebändigt werden könnte.

Meine Leser werden nicht erwarten, dass in diesem Aufsatz die Frage beantwortet wird, wie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gestaltet sein müssten, damit die Lebensverhältnisse in einer Überflusswirtschaft von fast allen Bürgern als menschenwürdig und gerecht empfunden werden können. Antworten auf diese Frage zu finden ist Aufgabe der Vertreter der Wirtschaftswissenschaften. Dazu müssten diese aber zuerst einmal merken, dass ihnen diese Frage gestellt ist. 

Zum Autor

Prof. Dr.-Ing. Siegfried Wendt



Emeritus am „Hasso-Plattner-Institut für Softwaresystemtechnik GmbH“ an der Uni Potsdam, welches er ab 1998 als Gründungsdirektor aufbaute. Studium der Elektrotechnik mit Schwerpunkt Nachrichtentechnik an der TH-Karlsruhe. Bis 1969 dort als wissenschaftlicher Assistent tätig, promovierte 1968 mit einer Arbeit über neuronale Netze. 1969 Assistant Professor an der State University of New York in Buffalo, USA. 1972-1975 Uni Hamburg im Gebiet Technische Informatik. Danach bis 1999 als Professor für Digitale Systeme im Fachbereich Elektrotechnik an der Uni Kaiserslautern tätig. Mitbegründer der 2003 gestarteten PLAN S GmbH (heute Arcway AG). Seit 2006 im Aufsichtsrat des Potsdamer Software- und IT-Dienstleisters Intervista AG.

s.a.: http://de.wikipedia.org/wiki/Siegfried_Wendt